

Die Nahrungsaushilfe Ungarns für Oesterreich.

Erklärungen der Minister Prinz Windisch-Grätz und Graf Serenyi im Magnatenhause.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 3. Juni.

In der heutigen Sitzung des Magnatenhauses wurde nach Nachrichten des Vizepräsidenten Dr. Günther für den Grafen Emmerich Esterhazy und Nikolaus Tomasic eine Zuschrift des Ministerpräsidenten verlesen, wonach die Kaiserin für die aus Anlaß ihres Geburtsfestes ausgesprochenen homagialen Wünsche des Magnatenhauses ihren wärmsten Dank ausgesprochen hat, und zur Kenntnis genommen.

Vor Uebergang zur Tagesordnung interpelliert Baron Paul Sárkey in Angelegenheit der Requirierung der Ernte. Er kritisiert eingehend die in der Vergangenheit getroffenen Verfügungen und betont, daß es nur der Systemlosigkeit zuzuschreiben sei, wenn Ungarn in diesem Jahre genötigt war, aus dem Auslande Mehl zu importieren. Er wünscht Aufklärung von der Regierung, in welcher Weise die vorjährige Ernte ausgenutzt wurde, und wünscht ferner den ziffermäßigen Vorschlag für die Bedürfnisse des nächsten Jahres. Er ist überzeugt, daß, wenn die Kaufmannschaft damit betraut gewesen wäre, die Lebensmittel in Verkehr zu bringen, viele Anomalien unterblieben wären. Was die Requirierungsverordnung betrifft, erklärt Redner, daß jedermann mit Besorgnis der Unterbringung der requirierten Vorräte entgegenstehe. Die Uebernahme und Kontrolle der Druschergebnisse werden unmöglich sein, der Produzent werde jedenfalls mehr zurückbehalten, als gestattet ist. Nur der Freihandel sei imstande, Ordnung in den Verkehr zu bringen. Handel bedeute nicht zugleich Preistreiberei und Spekulation. Es wäre genug, wenn die Regierung nur für die Versorgung der Arme und der beschaffungslosen Klasse verfügen würde; der andere Teil der Forderung sollte Gegenstand des freien Verkehrs bleiben. Der Interpellant fordert schließlich eine Bekanntmachung des ganzen Requirierungssystems, damit das Parlament sich mit ihm schon im Vorhinein befasse und eine praktische Lösung ermögliche. Er fragt, wie der Ackerbauminister den Erfolg der Ernte pro 1919 sicherstellen wolle.

Ernährungsminister Prinz Windisch-Grätz erwidert: Alle Verfügungen, welche im Laufe des letzten Jahres getroffen wurden, läßt an dem einen Fehler, daß man nicht daran dachte, daß die Vorsorge für den Landesbedarf eines ganzen Jahres nur dann möglich ist, wenn die erforderlichen Vorräte sich in einer Hand befinden und nicht bei den vielen Landwirten. Infolge der gemachten Erfahrungen betrat die Regierung den Weg, welcher einzig und allein sowohl die Verpflegung des Landes wie die der Armee sicherzustellen vermag: die rechtzeitige Requirierung der Ernte. Diese bedeutet allerdings keinen Vorteil für die Landwirtschaft. Sie beeinträchtigt mehr oder weniger empfindlich die Interessen der Landwirtschaft und des einzelnen, ist aber im Interesse der Zukunft des Landes notwendig.

In der letzten Zeit wurde viel von einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiete gesprochen. Die Notwendigkeit eines solchen gemeinsamen Wirtschaftsgebietes besteht weder in der Vergangenheit, noch besteht sie jetzt. Gott sei Dank, wir werden besonders in unserem Vaterlande bei Anwendung der entsprechenden Maßnahmen die allgemeine Verpflegung durch unsere eigene Ernte zu decken imstande sein. Dies ist auch bezüglich aller unserer Verbündeten der Fall, denn unsere großen militärischen Siege haben uns in den Besitz so großer Produktionsgebiete gebracht, daß hiedurch die Deckung des Bedarfes aller unserer Bundesgenossen sichergestellt ist. Die auf dem Schlachtfelde erzielten Erfolge können wir für Jahrzehnte nur dann sicherstellen, wenn wir in der Lage sind, die wirtschaftliche Krise zu überwinden und die im Hinterlande entstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Es handelt sich bei unseren Verfügungen um Aushilfsmittel. Auch die Requirierung ist ein solches. Ich kann offen erklären und habe das auch an kompetenter Stelle getan, daß wir in der Vergangenheit nicht in der Lage waren, den Ausfall in Oesterreich zu ersetzen. Aber wir können und werden vielleicht diesmal in der Lage sein, Oesterreich auszuheilen, wenn es möglich sein wird, die Ernte in ihrem ganzen Umfange zu requirieren.

In Besprechung der als Ersatz des Requisitionsverfahrens angeregten Systeme führt der Minister aus: Es ist unter den gegebenen kriegswirtschaftlichen Verhältnissen absolut unmöglich, einen Teil der Ernte dem freien Verkehr zu überlassen. Wenn wir die Ausfuhr eines Teiles der Ernte nach Oesterreich im freien Verkehre gestatten würden, wäre das die Gestattung der größten Preistreiberei und des größten Wuchers. Beträgt doch heute beispielsweise die Differenz bei einem Waggon Fett gegenüber dem Selbstkostenpreis 130.000 K. Seitdem ich mein Amt angetreten habe, war ich auf das entschiedenste bestrebt, daß wir, wenn wir Oesterreich überhaupt etwas abgeben können, dies nur zum Höchstpreise tun, um zu verhindern, daß einzelne Individuen in ganz ungerechtfertigter Weise Riesengewinne einheimen. Diese Gewinne können und müssen vorhanden sein. Ich werde bestrebt sein, diese Gewinne zu verschaffen, aber nicht für einzelne Individuen, sondern für die Allgemeinheit. (Lebhafte Zustimmung.) Davon ist die ganze Ernteverordnung ausgegangen. Es kann sein, daß bezüglich ihrer Durchführung berechnigte Beanstandungen erfolgen werden, aber schließlich ist diese Verordnung mit der größten Öffentlichkeit und unter Einbeziehung sämtlicher Interessenten verhandelt worden. Dennoch werde ich jede Idee gern entgegennehmen, die eine Verbesserung der einzelnen Punkte der Verordnung ermöglicht. Allein darauf können wir nicht verzichten, daß inmitten der kriegerischen Verhältnisse, die dem wirtschaftlichen Leben der Nation so riesige Opfer auferlegen, die Ueberschüsse der Produktion, die über die eigenen Bedürfnisse des Landes hinausgehen, der Allgemeinheit zugute kommen.

Ackerbauminister Graf Bela Serenyi führt aus: Es wäre gefährlich, unter den jetzigen Verhältnissen Experimente zu machen. Ich habe verschiedene Gründe dafür, daß die Ernte in dem Augenblicke, wo sie greifbar ist, beschlagnahmt werde. Jedes Land, sowohl Frankreich wie auch Deutschland und Oesterreich, waren bestrebt, die Ernte in dem Augenblicke, wo sie greifbar war, zu erfassen und die ganze Bewirtschaftung staatlich durchzuführen. Mein geehrter Freund hat vielleicht abfällig mitgeteilt, was ich jetzt ergänzend sage, daß wir den Deutschen und Oesterreichern gegenüber in einem gewissen Einvernehmen, in einer gewissen Verpflichtung stehen, was aber nicht so viel bedeutet, daß wir eine ein-

heitliche Kopjquote feststellen werden, denn ein jedes Land setzt seine Kopjquote nach den eigenen Verhältnissen fest. Doch haben wir hinsichtlich der staatlichen Bewirtschaftung gegenseitige bindende Verpflichtungen übernommen. Ich bitte, sich bewußt zu sein, daß wir uns bereits im fünften Kriegsjahre befinden, und je länger der Krieg dauert, um so schlechter werden die Verhältnisse. Wer jetzt an der Regierung ist, befindet sich in einer schwierigeren Situation als derjenige, der die Geschäfte im ersten oder im zweiten Kriegsjahre geführt hat. Die Skrupel des Herrn Interpellanten sind, soweit sie den Rückgang des Anbaues betreffen, übertrieben, denn das nüchterne eigene Interesse und der wirtschaftliche Trieb des einzelnen werden es kaum zulassen, daß, wenn die notwendigen Mittel vorhanden sind, die Ernte oder die Kornfrucht reduziert werde. In Ungarn kann man die Erfahrung machen, daß wir hauptsächlich ein weizenbauendes Land sind und daß wir übermäßig viel Halmfrüchte produzieren, wogegen die Produktion der Dackfrüchte und der industriellen Pflanzen vernachlässigt wird. Ich kann daher mit Recht behaupten, daß das nüchterne Interesse der Landwirte es nicht zulassen wird, daß die Ernte vermindert werde, indem sie die Produktion zurückgehen lassen. Man muß überhaupt dahin streben, daß die Landwirte und das Publikum in der Provinz die Regierungsverordnungen nicht als Sekkatur betrachten, sondern als eine Notwendigkeit, die infolge der herrschenden Verhältnisse entsteht. Man möge bestrebt sein, das Publikum zu beruhigen, indem man ihm versichert, daß, sobald die Kriegsverhältnisse es gestatten, der freie Verkehr wieder hergestellt werden wird. Ich halte es nicht für möglich, daß, sofern die übrigen Mittel vorhanden sein werden, die Produktion von Kornfrüchten zurückgehen werde. Soweit es der Regierung möglich sein wird, wird sie alles aufbieten, um die für die Produktion erforderlichen Mittel den Landwirten zur Verfügung zu stellen.

Die Antworten der Minister werden zur Kenntnis genommen.